

Politiker bieten Zuhause auf Zeit

Drei Nationalratsmitglieder haben Flüchtlinge aus der Ukraine aufgenommen – und dafür keine Mühe gescheut.

Othmar von Matt

Ivan (10) und Taros (8) sind sehr selbstständig. Sie haben Ueberstorf bereits erkundet. Besonders schnell fanden sie natürlich den Fussballplatz im 2400-Seelendorf im Freiburger Sensebezirk. Zusammen mit Mutter Alona und Grossmutter Hanna machten sie auch schon Grosseinkäufe im Nachbardorf Flamatt.

Mitte-Nationalrätin Christine Bulliard hat die fünfköpfige Familie Kochubei aus Charkiw bei sich aufgenommen. Charkiw ist mit 1,5 Millionen Einwohnern die zweitgrösste Stadt im Nordosten der Ukraine. Sie wird von den Russen gerade jetzt wieder verstärkt beschossen.

Bulliard gehört zu den drei Nationalratsmitgliedern, die ukrainischen Flüchtlingen direkt oder indirekt Wohnraum anbieten. GLP-Nationalrat Beat Flach hat eine dreiköpfige Familie aus Mariupol bei sich aufgenommen. Und Mitte-Nationalrat Nik Gugger hat zwei Frauen aus Kiew eine Wohnung im Pfarrhaus vermittelt. Es sei eine «sehr schöne und tiefgründige Erfahrung», Flüchtlingen ein Dach über dem Kopf zu bieten, sagt Bulliard. «Es ist eindrücklich, wenn sie über die Situation in der Ukraine berichten.»

Die Familie Kochubei ist gut ins Dorfleben integriert

Bulliard hat der Familie Kochubei eine ganze Wohnung zur Verfügung gestellt. Die Familie kann zudem ihr Mittagessen in Bulliards Landgasthof «Zum Schlüssel» einnehmen. «So haben sie Kontakt mit den Mitarbeitenden», sagt die Nationalrätin. Da der Gasthof mitten im Dorf stehe, sei die Familie schon gut ins Dorfleben integriert.

Die ganze Familie sei sehr dankbar, sagt Bulliard. Die Kühe gegenüber dem Landgasthof und die Rosen im Garten hätten bei Mutter Alona Erinnerungen an ihre eigene Kindheit in der Ukraine geweckt. Grossmutter Hanna freue sich sehr, wenn sie helfen könne. Und die beiden Buben läsen oft «Harry Potter». Schon bald sollen für sie Sprach-



Familie Kochubei (vorne) mit Mitte-Nationalrätin Christine Bulliard (hinten links) und Romi Morf, Geschäftsführerin von Bulliards Landgasthof. Bild: Roland Schmid (Ueberstorf, 18. Juni 2022)

kurse beginnen. «Ich bin überzeugt», sagt Bulliard, «dass die beiden Buben sehr schnell Deutsch, Französisch und Englisch sprechen werden.»

Auch GLP-Nationalrat Beat Flach beherbergt seit knapp einem Monat eine dreiköpfige Familie aus Mariupol. Die Russen haben die Hafenstadt der Ukraine total zerbrochen. «Die Familie flüchtete vor den Bomben, ihr Zuhause ist weg», sagt Flach. «Ihre Schilderungen sind dramatisch: Alles ist zerstört, ihre Wohnung ist ausgebrannt, das Restaurant des Vaters am Boden. Sie haben uns Bilder da-

von gezeigt.» Die Familie kam nur mit einem Koffer an, weshalb Flach für sie verschiedene Gegenstände auf Twitter suchte, die sie gut gebrauchen können. Er verständigt sich über die App «Google Translate» mit Vater, Mutter und Tochter. Inzwischen besuchen die Eltern einen Deutschkurs und haben eben ihre erste kleine Sprachprüfung abgelegt. Und Flachs Gattin hat einen Russisch-Sprachkurs begonnen. Die Flüchtlinge, die aus dem Osten des Landes kommen, sprechen nur Russisch.

Schon zuvor hatte Flach fünf Frauen aus Lemberg im Westen

der Ukraine aufgenommen. Sie sind aber in der Zwischenzeit zurückgekehrt zu ihren Männern und Söhnen, auch weil sie Angst hatten, ihre Jobs zu verlieren. Untergebracht sind die Flüchtlinge in der unteren Wohnung im Haus von Beat Flach. «Wir hatten sie kurz vor der Coronapandemie zu einem Coworking-Space ausgebaut», sagt er. Inzwischen sei sie wieder in eine normale Wohnung umfunktioniert worden.

Die Flüchtlinge aus Mariupol wurden Flach offiziell zugeteilt. «Die Zusammenarbeit mit Kanton, Gemeinde und der

Schule hat sehr gut funktioniert», sagt er.

EVP-Nationalrat Nik Gugger war letztes Jahr zum 30. Tag der ukrainischen Unabhängigkeit in Kiew. Er nahm als Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarats am Prayer Breakfast teil. Alle 54 ukrainischen Parteien feierten da den Unabhängigkeitstag. Gugger rief dabei zur Versöhnung auf. Stadtführerin Liubov Urska zeigte ihm dabei die Stadt. An sie erinnerte sich Gugger, als der Krieg losbrach. Er organisierte für sie und ihre Mutter die Flucht in die Schweiz und zwei Zimmer im reformierten Pfarrhaus in Winterthur, gleich gegenüber seiner Wohnung. Gugger hat es auch geschafft, dass Urska probehalber Stadtführungen in Winterthur machen darf – und vielleicht bald auch in Luzern und Zürich.

Keine Flüchtlinge trotz Angebot

Zwei Nationalrätinnen und ein Nationalrat erhielten bis heute keine ukrainischen Flüchtlinge zugewiesen, obwohl sie sich dazu bereit erklärten. «Ich habe mich bei der Flüchtlingshilfe angemeldet», sagt EVP-Nationalrätin Lilian Studer. «Bis anhin habe ich aber noch keine konkrete Anfrage erhalten.»

Auch die grüne Nationalrätin Meret Schneider wurde nie kontaktiert. Sie hatte sich bei der Kampagnenorganisation Campax gemeldet. «Es wäre für mich aber auch schwierig gewesen, jemanden in Bern in meiner Sesssionswohnung aufzunehmen, da Tagesbetreuung nötig ist», sagt Schneider, die in Uster lebt. Doch sie betont: «Für jemanden mit Kontakten in Bern wäre es eine gute Option gewesen.»

Keine Flüchtlinge zugeteilt erhielt auch SVP-Nationalrat Andreas Glamer – obwohl er ein grosses Haus hat. Der Kanton Aargau verlangt abschliessbare Zimmer, dies konnte Glamer nicht bieten. Auch war es ihm als Politiker unmöglich, fast eine Ganztagesbetreuung der Flüchtlinge zu leisten, wie das die Behörden einfordern.

Bundesplatz



Simon Stadler.

Bild: key

Simon Stadler, Mitte-Nationalrat und Lehrer, hat beim Thema Lehrermangel gut aufgepasst – und überträgt die Lösung just auf die Politik. Würden alle Lehrpersonen ihr Pensum um 10 Prozent aufstocken, gäbe es keinen Mangel, sagen Experten. Stadler schlussfolgert messerscharf: Hätte der Ständerat seine Sitzungszeit um 10 Prozent erhöht, «hätten wir eine Lösung bei der Revision der beruflichen Vorsorge», witzelte der Urner auf Twitter. Nur, was Stadler nicht bedacht hat: Wenn der Ständerat länger redet, heisst das leider nicht, dass was Gescheites dabei herauskommt.

141 Gastbetriebe in der Stadt Zürich dürfen diesen Sommer während sechs Wochenenden länger offenbleiben. Das Projekt namens «Mediterrane Nächte» geht auf einen Vorstoss von FDP-Nationalrat **Andri Silberschmidt** zurück, als dieser noch im Zürcher Gemeinderat sass. Selber ist Silberschmidt keine Nachteule. Das Mitglied der Berner Polit-WG geht gerne um 22 Uhr schlafen und hat Mitbewohnerin **Franziska Ryser** (Grüne) schon mal per SMS vom Bett aus mitgeteilt, sie und ihre Gäste sollen bitte leiser sein.

Sie ist wieder da: SP-Nationalrätin **Jacqueline Badran**. In gewohnter Manier poltert die Zürcherin auf Twitter gegen die reiche Oberschicht. Das «oberste Dezil» werde dank der vom Bundesrat vorgeschlagenen erhöhten Abzugsfähigkeit der Krankenkassenprämien bei der Bundessteuer endlich einen «Kaufkraft-Booster» erhalten. In Badrans Worten sind das «Gucci-Täschli-Steuersubventionen». Mutig zu behaupten, alle Gutverdienenden würden ihr Geld für Gucci-Taschen ausgeben. Es gibt ja schliesslich noch Prada und Versace.

Der Kanton Bern weiss nicht, wo die Ukrainer sind

Ein Teil der Geflüchteten ist wohl in einen anderen Kanton weitergezogen – oder hat die Schweiz verlassen.

Maja Briner, Kari Kälin

Der Kanton Bern kontaktiert seit einigen Wochen die Gastfamilien, um zu erfahren: Leben die Geflüchteten aus der Ukraine immer noch bei den Gastgebern? Sind sie überhaupt noch im Kanton Bern? Haben die Gastfamilien oder die Geflüchteten Anliegen?

Bern verschaffte sich auf diese Weise einen Überblick; auch über den Verbleib von 1000 Menschen aus der Ukraine. Das Resultat lässt aufhorchen: Die Hälfte sind immer noch bei Gastfamilien untergebracht. 15 Prozent sind in eigene

Wohnungen umgezogen. Von den übrigen 350 Personen weiss der Kanton bloss, dass 12 in einen anderen Kanton gezügelt sind. Das heisst: Jede dritte Geflüchtete hält sich an einem unbekanntem Ort auf – zumindest bei der Gruppe jener 1000 Flüchtlinge, über die Bern im Bild ist. Denkbar ist, dass sie in der Schweiz oder im Schengenraum weitergereist oder in die Ukraine zurückgekehrt sind.

Zuständig für die Flüchtlinge im Kanton Bern ist die Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion. Sprecher Gundekar Giebel zeigt sich nicht beunruhigt, dass die Behörden

nicht wissen, wo sich diese Menschen aufhalten. Er weist darauf hin, dass sich die Geflüchteten frei im Schengenraum bewegen dürfen, Gastfamilien ihr Engagement abbrechen können und wohl einige Geflüchtete, ohne sich abzumelden, ihren Wohnort wechseln würden.

Anwesenheitskontrolle beim Sozialamt

Einen Hebel zur Anwesenheitskontrolle haben die Behörden: Wer Geld will, muss sich den Behörden zeigen. Der Kanton Bern ist in fünf Asylregionen aufgeteilt, die von regionalen Partnern betreut werden. An deren

Schaltern wird die Asylsozialhilfe ausbezahlt. Das sei aufwendiger als eine Überweisung auf ein Bankkonto, erklärt Giebel. Es diene aber dazu sicherzustellen, dass die Gelder nur an Berechtigte ausbezahlt würden. Dieses Vorgehen entspricht den Empfehlungen des Staatssekretariats für Migration (SEM).

Gemäss Marcel Suter, dem Präsidenten der Vereinigung der kantonalen Migrationsbehörden, haben die Behörden bis jetzt nur in wenigen Einzelfällen missbräuchlichen Bezug von Sozialleistungen festgestellt. Die Ukrainer hätten etwa Gelder bezogen, obwohl sie zurück in ihre

Heimat oder in einen anderen europäischen Staat weitergezogen seien, sagte er gegenüber der NZZ.

Wer pro Quartal länger als 15 Tage in der Ukraine weilt, verliert den Schutzstatus und damit das Anrecht auf Sozialhilfe. In bestimmten Fällen, etwa wenn sich jemand aus zwingenden Gründen länger dort aufhält, zeigen sich die Behörden kulant.

Bis am Freitag hat der Bund knapp 56 000 Personen aus der Ukraine den Schutzstatus S gewährt. Gemäss dem SEM haben sich bis jetzt rund 200 Geflüchtete offiziell abgemeldet und die Schweiz wieder verlassen.

Antrag für neuen Booster-Impfstoff

Wird im Herbst ein zweiter Booster nötig, sollte ein bivalenten Impfstoff gegen das Coronavirus gespritzt werden, der sowohl das Ursprungsvirus wie auch die Omikron-Variante bekämpft. Für einen solchen Impfstoff hat die Firma Moderna nun einen Zulassungsantrag bei Swissmedic gestellt. Mit dem angepassten mRNA-Impfstoff wird eine höhere Wirksamkeit gegen Omikron versprochen. Die klinischen Daten der Studie zeigen, dass der bivalente Booster einen mehr als fünffachen Anstieg der neutralisierenden Antikörper gegen die Omikron-Untervarianten BA.4 und BA.5 bewirkt. Der Impfstoff könnte ab August ausgeliefert werden. (K.N.)